

Sozialismus.de

Heft 11-2017 | EUR 7,00 | C 12232 E

Monatlich Hintergründe, Analysen und Kommentare | täglich im Netz



Debatte über »offensive Gewerkschaftspolitik« der IGM
Otto König/Richard Detje:
Abschied vom Stahl?

**Forum
Gewerkschaften**

Mit Beiträgen u.a. von
Björn Allmendinger, Jürgen
Bönig, Michael Brie, Klaus
Dallmer, Hinrich Kuhls,
Armando Fernández Steinko,
Alban Werner, Karl Georg Zinn



Dies ist ein Artikel aus der Monatszeitschrift Sozialismus.
Informationen über den weiteren Inhalt finden Sie unter
www.sozialismus.de.
Dort können Sie ebenfalls ein Probeheft
bzw. ein Abonnement bestellen.

Nur im Netz:

Die Redaktion veröffentlicht regelmäßige Beiträge zwischen den monatlichen Printausgaben auf www.sozialismus.de

Xi Jinping fordert den weiteren Umbau Chinas



In der Eröffnungsrede auf dem Parteitag der KP Chinas hat Xi Jinping, die Mitglieder aufgerufen, sich gegen Versuche zur Wehr zu setzen, die Führerschaft der Partei zu unterminieren. Es gehe um eine »neue Ära«, in der ein »Sozialismus nach chinesischer Art« praktiziert werde. ...

SPD-Erfolg in Niedersachsen



Drei Wochen nach dem Rechtsruck der Berliner Republik haben die Landtagswahlen in Niedersachsen einen anderen Akzent gebracht. Die SPD unter Ministerpräsident Stephan Weil hat die Landtagswahl überzeugend gewonnen. Die bisherige rot-grüne Koalition verfehlte gleichwohl die Mehrheit. ...

Rechtsruck in Österreich



Die Parlamentswahlen haben den erwarteten Sieg der Österreichischen Volkspartei (ÖVP) gebracht. Sie wurde mit 31,6% deutlich stärkste Partei. Die SPÖ landete mit 26,9% auf Platz zwei vor der FPÖ – mit 26,0% nur knapp hinter der SPÖ. ...

Strategien gegen rechts

Björn Allmendinger:
Rechtspopulisten in Betrieb und Gesellschaft
Hintergründe und aktuelle Herausforderungen 2

Risiken und Perspektiven

Joachim Bischoff:
»America first« als Risiko für die Weltwirtschaft 7

Hinrich Kuhls:
Die Labour Party als »Regierungspartei im aktiven Wartestand« 16

Jeremy Corbyn:
Die progressive Perspektive in Europa muss radikal und glaubwürdig sein 20

Armando Fernández Steinko:
Katalonien – die Linke und die Sezession 24

Jamaika ante portas?

Karl Georg Zinn: Nachwahllegenden 27

Alban Werner:
»Merkelismus« – gibt es ihn? Kann er überleben? 29

Joachim Bischoff/Björn Radke:
DIE LINKE auf der Suche nach einer neuen politischen Rolle 35

Michael Brie:
Die strategische Herausforderung durch linke Gewalt 39

Forum Gewerkschaften

Otto König/Richard Detje: Abschied vom Stahl? Im Ruhrgebiet brodeln es wieder: ThyssenKrupp und Tata wollen Stahlriesen schmieden 45

Klaus Lang: Zu formelhaft, um provokativ zu sein. Anmerkungen zu
»Für eine offensive Gewerkschaftspolitik der IG Metall – sieben Thesen« 49

»Damit die Sonne wieder scheint«
Vernetzungstreffen für offensive Gewerkschaftspolitik
Interview von Otto König mit Heidi Scharf und Günter Hoetzel 52

1867 & 1917

Klaus Dallmer:
Lenins Großer Sozialistischer Oktoberumsturz und die Folgen 55

Jürgen Bönig:
Warum »Das Kapital« in Hamburg herauskam 63

Impressum | Veranstaltungen | Film

Impressum 53

Veranstaltungen & Tipps 68

Marion Fisch: Happy End (Filmkritik) 69

Katalonien: Die Linke und die Sezession

von ■ Armando Fernández Steinko



Karikatur: Economist

Der Prozess der katalanischen Sezession wird von drei sozialen Gruppen angeführt: den katalanisch sprechenden Bediensteten der Autonomiebehörden, den (kleinen) Unternehmern, die in der Krise Verluste hinnehmen mussten oder dem europäischen Wettbewerb nicht standhalten konnten, z.B. die Familie des (ehemaligen Ministerpräsidenten) Artur Mas, und den traditionalistischen ländlichen Mittelschichten, die früher die Carlisten unterstützten und erheblich von der Subventionspolitik des langjährigen Ministerpräsidenten Pujol profitierten.

Es handelt sich um Menschen, die die Ordnung lieben und wenig Interesse

an Abenteuern haben, deren politische Vorstellungen aber vor dem Hintergrund einer Radikalisierung neoliberaler Politik Teil einer Entwicklung in breiten Teilen Europas sind. Sie sind tief verwurzelt in der deutschen Rechten, aber auch bei den Exporttigern Österreich und Finnland, in den nördlichen Regionen Belgiens und Italiens und natürlich auch in den Niederlanden. In dieser Ideenwelt muss das Territorium, verstanden als eine soziale, identitäre und institutionelle Einheit, hart konkurrieren mit anderen Territorien, um eine positive Handelsbilanz zu erzielen, Investitionen anzuziehen und seinen Wohlstand zu sichern. Dieser »Wohl-

standschauvinismus« hat nur in seiner konservativsten Variante eine ethnische Komponente, zu ihm gehört aber immer ein Gefühl kultureller Überlegenheit. Er kann sich weiter entwickeln zu einer ultrarechten Version, was aber nicht notwendigerweise geschieht. Die Länder des europäischen Südens, aber auch die abgehangsten Regionen in den eigenen Ländern, etwa Ostdeutschland, der Mezzogiorno oder Wallonien, werden als finanzieller Ballast betrachtet, für den die prosperierenden Regionen keine Solidarität entwickeln sollen, damit sie ihren Wohlstand bewahren können. Der konservative und liberale Flügel der katalanischen Unabhängigkeitsbewegung

betrachtet die Welt durch einen Filter: Der »spanische Staat«, ein kulturell fremdes Gebilde, ist ein Ballast, von dem man sich befreien muss, um zum »Finnland des Mittelmeers« zu werden. Von hier bis zur Forderung nach der Sezession ist es nur ein kleiner Schritt.

Für die konservativen Kreise hat dieses Denken keine unüberwindbaren ideologischen Barrieren. Die Linken dagegen verwickeln sich in bedeutsame Widersprüche, wenn sie ihren Unabhängigkeitsdiskurs retten wollen. Die secessionistische Linke hat zwei große Flügel und einen dritten, der in der letzten Zeit nicht stärker geworden ist, was den führenden Kräften des »procés« einiges Kopfzerbrechen bereitet. Der erste sind die gebildeten und progressiven Mittelschichten, die alte gauche divine, die in den 1980er Jahre den sozialen Diskurs durch den identitären ersetzte und einen Flügel der katalanischen Sozialistischen Partei (PSC) bildete (im geringeren Maß auch einen in der PSUC, dem katalanischen Zweig der Kommunistischen Partei), bis beide Parteien auseinanderbrachen. Der zweite Flügel besteht aus den radikalisierten Kindern der konservativen, früher carlistischen Mittelschichten, die die Mehrheit und den am konsequentesten identitären Teil der CUP (Candidatura d'Unitat Popular – Kandidatur der Volkseinheit) ausmachen. Sie vertreten ethnizistische und rurale Gleichheitsvorstellungen, ähnlich der alten Herri Batasuna im Baskenland. Dazu kommt eine kleinere Gruppe aus der Arbeiterschaft ohne katalanischsprachigen Hintergrund, die bereit ist, ihre heterodoxe Identität zu opfern zugunsten der Vorzüge eines dynamischen Territoriums, das das »Finnland des Mittelmeeres« mit einem hoch entwickelten Sozialstaat zu werden verspricht. Diese Gruppe ist eine Minderheit unter den Anhängern der Unabhängigkeit, auch wenn ihre Argumente durchaus verankert sind unter den MigrantInnen der reichen Regionen Europas und Teilen der Gewerkschaft. Die MigrantInnen schließen sich der autochthonen Bevölkerung in ihrem Kampf um das Territorium gegen die Armen des Südens in der Hoffnung an, an einem privilegierten Sozialsystem teilhaben zu können. Ohne diese

zweieinhalb Flügel der Linken würde die Sezessionsbewegung nie über 25% der katalanischen Bevölkerung hinauskommen. Der Großteil der Arbeiterschaft und der Volksklassen macht bei diesem Projekt nicht mit, teilweise, weil er sich einer Wahl zwischen zwei Identitäten verweigert, wie auch immer die demokratische Rhetorik aussieht, teils weil er mit Recht vermutet, dass die »señoritos« in Barcelona und die Kaufleute im Norden von Girona sich ihrer nicht mehr erinnern werden, sobald sie ihre Stimmen erhalten haben, um diesmal ihre Macht endgültig zu festigen.

Widersprüche der secessionistischen Linken

Der Kurs der secessionistischen Linken widerspricht den großen Idealen der Solidarität und Gerechtigkeit und wird immer blinder gegenüber den absehbaren Folgen ihrer Politik. Zunächst einmal zwingt der Diskurs des »Rechts auf eine eigene Entscheidung« (»derecho de decidir«) dazu, zwischen zwei Identitäten entscheiden zu müssen, und missachtet dabei die kulturellen Realitäten eines beträchtlichen Teils der katalanischen und auch spanischen Bevölkerung. Angesichts familiärer Hintergründe, beruflicher und persönlicher Erfahrungen und der steigenden Vermischung von Identitäten, die man überall auf der Welt beobachten kann, ist der Zwang zur Entscheidung für eine von ihnen kein Recht, sondern etwas Künstliches, was diejenigen verlangen, die gemischte Identitäten zerstören wollen.

Zweitens ist die berechtigte Kritik der Linken an der unsolidarischen Politik der europäischen Exporttigger gegenüber den Ländern des Südens unvereinbar mit der Weigerung der secessionistischen Linken – allerdings auch der AnhängerInnen einer Konföderation in En comú podem (Zusammenschluss der katalanischen Linken um Podemos) –, sich am Aufbau eines Landes der Vielfalt (»país de países«) zu beteiligen, dessen Territorien solidarisch und dessen Kulturen vielfältig sind. Genau dies fordern aber viele von ihnen von einer linken Position aus, wenn es auf internationalen Foren um die Gestaltung Europas geht. Es ist ein völliger Wider-

spruch, auf der einen Seite Merkel und Schäuble zu kritisieren, sich zu engagieren in der Zusammenarbeit mit der 3. Welt, oder eine globale Umverteilung zwischen Nord und Süd zu fordern und sich gleichzeitig zu weigern, einen gemeinsamen Fonds zu schaffen, damit die Kinder in der Extremadura und auf den Kanarischen Inseln dieselbe Schulbildung erhalten wie die katalanischen.

Der dunkelste Fleck der secessionistischen Linken aber ist ihre Weigerung, nüchtern die Konsequenzen des Sezessionsprozesses zu betrachten, besonders dann, wenn dieser nicht mit der Madrider Regierung ausgehandelt wird. Sie weigert sich, die ideologischen Folgen einer langen Konfrontation mit Spanien und ständiger nationaler Beschwörungen für die politische Entwicklung innerhalb Kataloniens deutlich zu machen. Sie will nicht die sozialen Folgen einer Politik für die am meisten benachteiligten Klassen der katalanischen Bevölkerung zur Kenntnis nehmen, die Investitionen anziehen und eine Dekapitalisierung vermeiden will. Eine solche Politik würde zu Lohnsenkungen und sozialen Einschnitten führen, um ausländischen Investoren Anreize zu bieten und die eigene Kreditwürdigkeit zu sichern. Sie übersieht, welches Klima entstehen würde, wenn im Zusammenhang mit einer ununterbrochenen nationalen Beschwörung ständig die Geschichte über Generationen hinweg verfälscht wird. Das Beispiel Polens und anderer osteuropäischer Länder ist extrem, aber es zeigt, wohin die Reise gehen kann. Genauso wie nicht wenige Linke im restlichen Spanien nimmt sie nicht zur Kenntnis, welchen Multiplikatoreffekt eine katalanische Unabhängigkeitsdynamik auf das gesamte Land hätte: den Versuch des neuen katalanischen Staates, das País Valenciá und die Balearen in ihren Staat oder ihre Einflusszone einzugliedern, das Anheizen der nationalen Agenda in anderen Regionen wie dem Baskenland, Navarra oder den Balearen, aber auch in vielen anderen europäischen Regionen, die sich veranlasst sähen, ihren identitären

Armando Fernández Steinko lehrt Soziologie an der Universidad Complutense de Madrid. Der Beitrag erschien zuerst in *El País* vom 30.9.2017. Übersetzung von Thomas Jaitner.

Gesundheit



Präventionsgesetz und Gesundheitsförderung in sozial benachteiligten Vierteln, kommunale Gesundheitskonferenzen und Hilfenetze für psychisch erkrankte Menschen, Krankenhäuser und der Reformbedarf in der Pflege: darum geht es im Schwerpunkt der AKP-Ausgabe 6|2017.

Weitere Themen:

- Neue Vorschriften für Spielhallen
- Radioaktive Abfälle
- Mainzer Stellplatz-Satzung
- Dresden gründet Wohnungsunternehmen
- Neutralitätspflicht im Rathaus

Einzelpreis der AKP: 11 Euro plus 1,30 Euro Versand | Abopreis (6 Ausgaben): 60 Euro

AKP – Alternative Kommunalpolitik
Luisenstraße 40 | 33602 Bielefeld
Ruf 0521.177517 | Fax 0521.177568

www.akp-redaktion.de

Diskurs zu radikalisieren.

Vor allem aber weigern sie sich, objektiv die Unterschiede zwischen einem Staat des 20. und des 21. Jahrhunderts zu begreifen. Die Linken kritisieren mit Recht die westliche Politik der letzten Jahrzehnte, unbotmäßige Staaten unterordnen zu wollen, darunter auch laizistische, um ihren Einfluss in strategischen Zonen der Welt zu sichern und Nationbuilding-Prozesse nach neoliberalen Rezepten in Gang zu setzen. Aber sie wollen nicht sehen, dass ihr Projekt einer Fragmentierung des spanischen Staates – und darum geht es hier – zu einer wachsenden Schwächung des öffentlichen Raumes auf beiden Seiten des Ebro führen würde: Der öffentliche Raum würde massiv beeinträchtigt, damit Investitionen angezogen und zerstörte wirtschaftliche Verbindungen wieder neu geknüpft werden können. Erschwerend kommt hinzu, dass der Wiedereintritt in die EU schwieriger sein wird, als viele glauben wollen.

Verfehlte Interpretation der Geschichte

Die antistaatliche Haltung in Spanien stammt aus der Tradition des Anarchismus des 19. Jahrhunderts, der besonders in Katalonien verwurzelt war. Er richtete sich gegen einen liberalen, autoritären Staat, der völlig unsensibel war gegenüber den Bedürfnissen der abhängigen Schichten, und der zur Gewalt griff, um soziale und politische Probleme anzugehen. Die antistaatliche Haltung der Linken, die sich mit der Idee der Selbstbestimmung verbindet (die heute von den rechten Unabhängigkeitsbefürwortern als Köder benutzt wird, um die Zustimmung der Linken für ihre Sache zu erreichen), war nach dem 1. Weltkrieg eine logische Antwort auf den autoritären Charakter der Staaten in Osteuropa gegenüber einigen ihrer Minderheiten. So weit, so gut.

Aber man kann nicht die Realität der alten Staaten, die unfähig zur Modernisierung waren und den Wunsch nach Demokratie und sozialer Gerechtigkeit nicht erfüllen konnten, mit der aktuellen Lage vergleichen, in der die Staaten die einzigen Akteure sind, die sich den internationalen Konzernen, den Finanz-

märkten oder den Herausforderungen für die Sicherheit der Menschen entgegen stellen können.

Dies zu übersehen, wäre ein fataler Irrtum. Es stimmt: Der Pakt des Übergangs (transición) Ende der 1970 Jahre mit dem Postfranquismus erlaubte das Weiterbestehen nicht weniger Strukturen, Gewohnheiten, Identitäten und Traditionen einer diktatorischen Vergangenheit innerhalb des neuen demokratischen Staates, und es ist auch wahr, dass gerade darin einer der Gründe für das identitäre Durcheinander in Spanien liegt.

Aber man kann den spanischen Staat nicht mit dem Russland der Zaren oder mit dem Franco-Staat vergleichen und damit seine Auflösung zu Beginn des 21. Jahrhunderts legitimieren. Vor allem, wenn dies in einem Moment geschieht, wo die am meisten benachteiligten Klassen nur über die öffentlichen Institutionen verfügen, um ihre Interessen gegenüber den ökonomischen und finanziellen Mächtigen geltend zu machen. Eine solche Politik ist nicht nur eine völlig verfehlte Interpretation der Geschichte des 20. Jahrhunderts, sondern auch ein politischer Irrtum mit unvorhersehbaren Konsequenzen für alles, was der Linken in Spanien und ganz Europa wichtig ist.

Inseln der Vernunft

Die Linken, auch die für die Unabhängigkeit eintretenden, müssten diese Szenarien mutig, realistisch und objektiv betrachten. Politische Identitäten gehören zum politischen und sozialen Leben dazu, aber die Linke muss lernen, die Gefühle einzudämmen und Inseln der Vernunft zu schaffen, um sie in einem emanzipatorischen Sinne von Gerechtigkeit und Solidarität zu kanalisieren. Wenn das nicht gelingt, können die Gefühle eine unheilvolle politische Dynamik auslösen, wie wir sie aus der ersten Hälfte des europäischen 20. Jahrhunderts kennen, und sie können dies viel schneller tun, als wir handeln können, um dies zu verhindern.

Probelesen

Wenn diese Probe-Lektüre Sie davon überzeugen konnte, dass Sozialismus das Richtige für Sie mit fundierten Beiträgen zu den Themen

- Berliner Republik/Die neue LINKE
 - Wirtschaft & Soziales/Forum Gewerkschaften
 - Internationales/Krieg & Frieden
 - Buchbesprechungen/Filmkritiken
 - sowie zweimonatlich einem Supplement zu theoretischen oder historischen Grundsatzfragen
- ist, sollten Sie gleich ein Abo bestellen (und eines der Bücher aus dem VSA: Verlag als Prämie auswählen). Wenn Sie weitere Argumente benötigen, nehmen Sie ein Probeabo. Beides geht mit dem beigelegten Bestellschein (bitte auf eine Postkarte kleben oder faxen an 040/28 09 52 77-50)

- ☐ Ich abonniere Sozialismus ab Heft _____ zum Preis von € 70,- (incl. Porto; Ausland: + € 20 Porto).
Ich möchte die Buchprämie ☐ Wer rettet ☐ Mandel ☐ Urban
- ☐ Ich abonniere Sozialismus ab Heft _____ zum verbilligten Preis von € 50,- (für Arbeitslose/Studenten).
Ich möchte die Buchprämie ☐ Wer rettet ☐ Mandel ☐ Urban
- ☐ Ich bestelle ein Sozialismus-Probeabo ab Heft _____
(3 Hefte zum Preis von € 14,-/Ausland € 19,-).
- ☐ Bitte schicken Sie mir ein kostenloses Probeexemplar.

Name, Vorname

Straße

Plz, Ort

Datum, Unterschrift

Mir ist bekannt, dass ich diese Bestellung innerhalb einer Woche bei der Redaktion Sozialismus, St. Georgs Kirchhof 6, 20099 Hamburg, widerrufen kann. Zur Fristwahrung genügt die rechtzeitige Absendung des Widerrufs.

Datum, 2. Unterschrift

Bitte als
Postkarte
freimachen

Antwort

Redaktion Sozialismus
Postfach 10 61 27
20042 Hamburg

Abo-Prämie

Eines dieser Bücher aus dem VSA: Verlag erhalten Sie, wenn Sie Sozialismus abonnieren oder uns eine/n neuen AbonnentIn nennen (nicht für Probeabo). Bitte auf der Bestellkarte ankreuzen!

Mehr zum Verlagsprogramm:
www.vsa-verlag.de

